

Herr v. Bennigsen wird nun wirklich demnächst vom politischen Schauplatz abtreten. Schon früher sind Mittheilungen über seinen bevorstehenden Rücktritt vom Oberpräsidium durch die Presse gegangen. Jetzt bestätigt der „Saarbr.“, daß Herr v. Bennigsen vor mehreren Wochen sein Abschiedsgesuch für den 1. Januar eingereicht habe. Das Reichstagsmandat werde er für die Winterferien noch behalten, nur werde er keine neue Candidatur mehr annehmen.

Das Obergerichtspräsidentenamt ist entschieden auf eine Klage des Graubündener Turnvereins gegen den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen dahin, daß Polenvereine ihre Vereinsstatuten auch in polnischer Sprache bei den Behörden einreichen können.

Der Gothaische Landtag hat gegen zwei Stimmen folgenden Antrag unseres Genossen Doch angenommen: „Der Landtag wolle beschließen, die herzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse des Gesindes zu ihren Arbeitgeber bezw. zu ihrer Dienstherrschaft in der Richtung durchgeführt wird, daß die aus dem Jahre 1797 stammende Gesindeordnung als unzeitgemäß und modernen Rechtsanschauungen hohnsprechend aufgehoben wird.“

Oesterreich-Ungarn.

Der Kampf um die Sprachenverordnung. Zum Sprachensfreit in Oesterreich erlassen jetzt 816 Professoren deutscher Universitäten eine Kundgebung, worin sie von der Bedrohung des deutschen Volkstums in Böhmen und Mähren reden und ihre Sympathien mit den „um ihre nationale Existenz kämpfenden Deutsch-Oesterreichern“ ausdrücken. Die Kundgebung ist an die Prager Universität gerichtet.

Die sogenannte Sprachenverordnung vom Frühjahr dieses Jahres, die den äußeren Anlaß zu dem so stürmischen Auftreten des Nationalitätenstreites in Oesterreich gegeben hat, rechtfertigt den Särm ganz und gar nicht. Sie ordnet nur an, daß die Beamten in Böhmen und Mähren auch der böhmischen bezw. der mährischen Sprache mächtig sein müssen und daß vor Behörden und Gerichten in der Sprache der Parteien verhandelt werden müsse. Angesichts der Thatsache, daß nach der Zählung von 1890 über 62 Procent der Bevölkerung Böhmens tschechischer Nationalität war, ist das nicht mehr wie recht und billig. Die Bevölkerung wird in Wahrnehmung ihrer Rechte stark beeinträchtigt, wenn die Beamten ihre Sprache nicht reden, wenn sie gezwungen ist, sich vor Gericht in einer ihr fremden Sprache verhandeln zu lassen. Es kommt hinzu, daß die böhmische Bevölkerung den größeren Procentzast der Arbeiter stellt, die deutsche dagegen vorwiegend das Unternehmertum, die Capitalisten repräsentiert. Daran zeigt sich, daß die Benachteiligung der böhmischen Bevölkerung bei dem ausschließlichen Gebrauche der deutschen Sprache als Amtssprache noch größer ist, weil der Arbeiter noch weniger in der Lage ist, sich einer fremden Sprache gegenüber die nötige Hilfe zu verschaffen, und weil die wirtschaftliche Ueberlegenheit des herrschenden, im Besitze der Amtssprache befindlichen Bevölkerungsteiles über die Arbeiterbevölkerung durch die Ausschließung der Volkssprache noch erhöht wird. Ebenso zeigt dieser Umstand auch deutlich die ökonomischen Grundlagen des nationalen Gegensatzes.

Wichtig ist allerdings, daß das Ministerium Hadern durch Erlass seiner Sprachenverordnung die Verfassung der Monarchie verletzt hat, aber daß ist in Oesterreich nicht Neues, das hat dort noch jedes Ministerium schon unter ausdrücklicher Billigung derjenigen Elemente, die dem Ministerium Hadern jetzt dafür so auf den Leib rufen, weil sich die Verfassungsverletzung einmal gegen sie richtet.

Der Streit um die Sprachenverordnung ist eben der Streit der Nationalitäten, der an der Sprachenverordnung nur einen besonderen Anlaß gefunden hat und der Streit der Nationalitäten ist der Streit um die wirtschaftliche Herrschaft; in ihm ist der Streit zwischen industriellen und landwirtschaftlichem Capital, zwischen Bourgeoisie und

Sammlung der Krankenkassen und deutschen Vereine in der Schweiz, wie er vorhin angeht.

Aber den reichen Herrn aus Basel schien es überdies zu interessiren, wer die Lehren waren und was sie miteinander vereinbaren wollten, wegen der konnten sie ihm nicht, denn es war nicht mehr da, und so waren dem Hofmeister, nachdem er eine kleine Summe erlegt hatte, die Schiffe übergeben worden.

Man war mit einem Male in das verödete Schloß eines Leber eingezogen, eine rathlos, mobilberechnete Gefährlichkeit.

Die tapferen Thiere und Feinde vornehmlichen Hapler waren hinweggenommen und Luft und Licht der Junii gewährt.

Einige Schritte durchmaß die Kälte und polterte über die Treppe; helle Stimmen erklangen und die Schläge der Art und des Hammers hallten laut von den hohen Gewölben nieder.

Das schmerz, ellenbeißende Thier, das vor dem Ganzen in die von einer einzigen massigen Säule getragene Halle schreie, stand weit geöffnet.

Aber das einfallende Licht vermochte das darin herrschende Dunkel kaum zu erpeilen.

Das Holz der Deckenbalken war schwarz geworden und eine schwarze schwebende Lunte, von Staub getrieben, hing über der Decke herab. Der Tag war von den Fenstern herabgezogen und zeigte graue, halb verweilene Stellen. Auch der Geruch war dunkel und furchig, und die weisse Holzwand, die aus der Halle nach dem oberen Gange führte, brachte kaum einen hellen Schein in all diese Finsterniß. Da oben aber in den hohen, völlig leeren Räumen, mit dem stillen, weit herabgehenden Geräusch, hundert die Fenster, die nach dem Graben gingen, weit offen, und die aufgewinkelten Stützbeine trugen, von den Sonnenstrahlen belebt, läugig durchschimmernd.

Junkerthum verborgen. Was sich in Deutschland Frankreich gegenüber und in Frankreich Deutschland gegenüber als Chauvinismus breit macht, das äußert sich in der österreichisch-ungarischen Monarchie als Nationalitätenstreit. Die gesammten wirtschaftlichen Gegenstände, die sich innerhalb national geteilter Staaten offen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsklassen, und von Nationalstaat zu Nationalstaat wiederum zwischen den herrschenden Klassen zeigen, treten in Oesterreich unter dem Deckmantel des Nationalitätenstreites auf. Erst die Socialdemokratie zieht von dem Kampfe zwischen Arbeiterklasse und Capitalistenklasse den verhüllenden Schleier und drückt ihm den klaren Stempel des Klassenkampfes auf. Weite Arbeiterkreise Oesterreichs, die sich heute noch nicht zum Socialismus durchgerungen haben, sind auch heute noch im Banne des nationalen Gegensatzes.

Belgien.

Sämmtliche einflussreiche liberale Blätter stimmen dem Plane der Vereinigung der Liberalen aller Schattirungen in eine einzige Partei, welche gleichzeitig gegen die Socialisten und Clerikalfreien gerichtet ist, zu. Die Blätter veröffentlichen Aufrufe an die Wähler, dem Bündniß beizutreten. Auch dieses Bündniß würde weiteren Rückgang der liberalen Richtungen nicht verhindern können.

Frankreich.

Die Erneuerungswahlen in den Gemeinderath von Narbonne — in Folge der bereits gemeldeten willkürlichen Annullirung der vorjährigen Wahlen — haben mit einem Sieg der Ordnungsparteien geendet. Die vorjährige socialistische Mehrheit von 600 Stimmen hat sich in eine Minderheit von 700 Stimmen verwandelt. Dieser Sieg ist aber für den Ordnungstümel und den socialistenhässlichen Minister des Innern, Barthou, viel schlimmer als eine Niederlage. Er ist nämlich durch handfeste Wahlfälschungen zu Stande gekommen. Der Minister ist dafür direct verantwortlich, weil er die frühere socialistische Municipalität (Magistrat) entsetzt und die Leitung der Wahl einem von ihm ernannten Beamtenauschuß anvertraut hatte. Ein Ableugnen und Vertuschen gibt es in diesem Falle nicht. Die Thatsache der Wahlfälschung ist von dem in einem Wahlbureau amwesenden Polizeicommissar Namens Roman der Öffentlichkeit denuncirt worden. Der Polizeicommissar hat mit ansehen müssen, wie der Vorsitzende des Wahlbureaus, Sigambis, von den überwachenden Wählervertretern durch eine lebendige Mauer aus Gendarmen getrennt, in die Wahlurne eine große Anzahl ordnungsparteilicher Stimmzettel hinein-schmuggelte.

Am folgenden Tage schiederte auch der Polizeicommissar dem Minister des Innern seine Demission ins Gesicht. In dem von der oppositionellen Presse veröffentlichten Demissionsprotokoll heißt es u. A.: „Ich hätte den Besorgenden Sigambis und den Schriftführer gegen die Fragen rufen und den Gendarmen freier lassen sollen; aber meine Gedanken wandten sich auf meine Frau, meine zwei Kinder und auch auf das öffentliche Wohl (Haupt), das daraus entstehen konnte, und ich habe mich zurückgehalten. Heute Morgen sage ich Ihnen, mit Bedauern, daß die Ueberlegung der inzwischen verflochtenen Lage meine Entscheidung auch nicht Gemacht verleiht: Da die Staatsmacht nicht wider auftreten, wie am 16. Mai bei dem unglücklichen Staatsrath des Reichs am 16. Mai 1877, unter dem Schutze der demokratischen Gewalt, so richte ich mich als verantwortlicher Republikaner zurück — in der festen Ueberzeugung, daß die Kräfte der wachsenden Reaction von langer Dauer sein wird.“

Die beschriebenen Vorgänge werden, wie verlautet, Bundes wegen der Wahlfälschungen und der Festhalten von dem Staatsrath und der Rücktritt vom Wahltag begründeten Aufregungen zu Folge sein.

Portugal.

Die vorerwähnte Regierung geht mit ungewöhnlicher Energie gegen die Kräfte vor, die sich durch eine sehr hartnäckige und unheimliche Widerstand leisten. So wurden diese Tage von ununterbrochener Jagden gehalten, weil sie sich mit der Jagdfrage beschäftigen und das Volk zum Aufstand gegen die neue Regierung aufreizen. Die Regierung in Lissabon geht auch wie vor zu den größten Anstrengungen, um die Kräfte der Opposition zu zerlegen und die öffentliche Meinung zu Gunsten der regierenden Regierung zu wenden, so daß das Volk immer mehr und mehr über sie ist.

England.

Die Conventionsverordnung; in London ist ein neues Gesetz über die Wahlverfahren in den Parlamenten und die Bestimmungen von 18 bis 15 Jahren in den Conventions, Abgeordneten und Gemeinderäten der Arbeit auf 6 Stunden festgesetzt. Diese sind eine Abnahme der Stunden nicht überlegen; allerdings ist ein großer Schritt. — Und in Deutsch-

Ungarn.

Das Judentum hat in den letzten Tagen zwar keine Rücksichten genommen, die eine Verschärfung der Steuern für die Engländer bedrohen. Das hat die ungarische Presse nicht übersehen. In London haben die Engländer die Steuern in die Höhe gehoben, indem sie die Einkommensteuer von 10 auf 12 Procent erhöht haben. Es ist ganz richtig, wenn ungarische Arbeiter darauf hinweisen, daß der ungarische Arbeiterstand des Reichthums nicht nur durch solche Verschärfungen herangezogen ist, sondern seine höchsten Einkünfte in der Höhe des Zinses von Hypotheken hat. Der Zins hat zwar auch in England, aber immer noch einen hohen Stand, als er von den ungarischen Arbeitern ist. Die „Lancet“ meint, es werde in der Folge ein allgemeines Verbot der Einkommensteuer der maßgebendsten Bevölkerung gegen die englischen Steuern nachrichten. Und der Engländer, wie in London ist.

die Bevölkerung sich in größeren Massen erhebt, wäre auch für den Emir von Afghanistan der geeignetste, den fremden Einfluß abzuschütteln. Rußland, so sagt das russische Blatt weiter, würde alsdann „eine geheime Unterstützung der Feinde Englands verschmähen“, oder eine wohlwollende Neutralität für den Emir einnehmen, so daß der Emir freie Hand im Westen und Süden hätte. Thatsächlich hat natürlich Rußland in solchen Fällen niemals die geheime Unterstützung der Feinde seiner Feinde verschmäht und wird vielmehr die Gelegenheit zu benutzen versuchen, um selbst „auf dem Dach der Welt“, in den Positionen, welche den Eingang in das reiche Indien erschließen, festen Fuß zu fassen.

Amerika.

Zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten droht ein neuer Conflict auszubrechen. Der neue Gesandte der Vereinigten Staaten in Madrid, Woodford, ist angewiesen worden, für die Familie des hingerichteten Dr. Ruiz eine Entschädigung von 75,000 Dollars zu verlangen. Dr. Ruiz war ein hochgebildeter Eingeborener von den Philippinen, der u. A. auch in Deutschland wissenschaftliche Studien gemacht hatte. Die Pflanzwirtschaft auf den Philippinen haßte er glühend, und gabste in mehreren Schriften das Treiben der Spanier. Leider ließ sich der unglückliche Ruiz verleiten, in gutem Glauben an die Loyalität des spanischen Gouverneurs, in seine Heimath zurückzukehren. Der Justizmord, den die spanischen Gendarmen an ihm vorigen Sommer verübten, wird noch in aller Erinnerung sein. Es ist nicht recht ersichtlich, aus welchem Grunde die Vereinigten Staaten jetzt das Verlangen einer Entschädigung der Familie des Unglücklichen an Spanien stellen. Vielleicht ist anzunehmen, daß Dr. Ruiz sich i. Zt. in Amerika hat naturalisiren lassen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Frage der Wahlbeteiligung. Aus Stuttgart wird geschrieben: In einer Bezirksversammlung des socialdemokratischen Vereins sprach Genossin Betkin über „die Beteiligung der Socialdemokraten an den preussischen Landtagswahlen“. Sie führte aus: Der preussische Landtag sei keineswegs der „galvanisirte Leichnam“, der mit Berachtung abgehan werden dürfe. Er sei nicht zu beurtheilen nach dem Niveau seiner Verhandlungen, sondern nach seiner thatsächlichen politischen Macht, die er in Arbeiterfragen ausübt. Genossin Betkin trit entschieden ein für eine selbstständige und durchaus principielle Wahlagitacion unsererseits, Aufstellung socialdemokratischer Wahlmänner überall, wo dies möglich, und wo dies unumgänglich, für Eintreten für solche Wahlmänner, die sich für ein jeztzeitiges Mindestprogramm verpflichten. Die Beteiligung der Socialdemokratie rückt den preussischen Landtag aus dem jüngerlich-abstulischen Halb Dunkel in die volle moderne Öffentlichkeit. Sie zeigt den gangbarsten Weg zur Beilegung des Dreiklassen-Wahlrechts.

Arbeiterbewegung.

Die Tischler in Fürstenwalde haben am Montag die Arbeit eingestellt. Sie haben folgende Forderungen gestellt: 10stündige Arbeitszeit, Stundenlohn 30 Pfg.; bisher wurde bei 11stündiger Arbeitszeit 20—25 Pfg. pro Stunde bezahlt; Erhöhung der Accordpreise um 5—12 Procent; Abschaffung von Kost und Logis beim Meister.

Die streikenden Zimmerer Dortmunds haben ein Flugblatt herausgegeben, das die bisher noch arbeitenden Kollegen zur Einreichung der Kündigung auffordert. Bis jetzt sind 70 Mann abgereist, 53 arbeiten zu den gestellten Bedingungen und im Ausstand stehen 31 Mann. Nach diesem Resultat, sagt das Flugblatt, müßte eine allgemeine Arbeitseinstellung den sofortigen Sieg bringen.

Ueber den Textilarbeiter-Streik in Delmenhorst, von dem wir schon kurz berichtet, wird uns von dort geschrieben: Hier ist am 12. d. Mts. ein Ausstand sämtlicher Arbeiter der Nordb. Wollkammerei, Abtheilung Kammerei und Vorbereitung, ca. 1000 Personen, eingetreten. Dieselben verdrängen bei einer täglichen Arbeitszeit von 12—13 Stunden 1,3 bis 2,50 Mk. und verlangen eine Lohnerhöhung bis zu 2,50 resp. 3 Mk. Bei den hohen Preisen für Lebensunterhalt sind die Forderungen der Arbeiter vollständig berechtigt. Die Actionäre der Fabrik erhielten laut Bericht im Vorjahr, welches als „sehr ungünstig“ bezeichnet wurde, eine Dividende von 15 Procent. Dasselbe gilt zum Theil von der Jute-Strickerei und Weberei, wo sich ca. 730 Personen, die Weber aber nur in Folge des Spinnerstreiks, da dieselben sich weigerten, fremde Garne zu verarbeiten, im Ausstand befinden. Zusammen sind also ca. 1700 Personen zu unterhalten. Die Arbeiter anderer Abtheilungen haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. In nächster Zeit werden auch die anderen Abtheilungen gezwungen sein, die Arbeit niederzulegen, da dieselben von der Kammerei und Vorbereitung abhängig sind. Der Geist unter den Streikenden ist ein guter, die Ordnung missthaft, die Arbeiterinnen wetzeln mit den Arbeitern, um die gemeinschaftliche Sache zum Siege zu führen. Die hiesigen Bürger sehen den Streikenden sympathisch gegenüber.

In Triest stehen die Tischler und Böttcher im Streik. Das Streikcomitee der Bundarbeiter Ziegelarbeiter beschloß neuerdings, in den Ausstand einzutreten. Man glaubt aber, daß der größte Theil der Arbeiter sich dem Streik nicht anschließen wird. So berichtet ein Herald-Delegat vom 19. d. Mts. Dagegen theilt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit, daß der Streik im Wesentlichen beendet sei; nur in drei Fabriken, deren Inhaber sich weigern, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen, werde noch gearbeitet. — Der Streik, so heißt es in einem Berichte an obiges Blatt, hat die Lage der Ziegelarbeiter bedeutend verbessert; nicht nur, daß sie wesentliche Zugeständnisse erreicht haben, er hat auch die öffentliche Meinung aufgerüttelt, und das will bei einem Lande wie Ungarn nicht wenig sagen. Die Bewegung greift jetzt auf die Provinz über. In der Maschinen-Dampfzettel, die 350 Arbeiter beschäftigt, ist der Streik bereits ausgebrochen.

Die schwedischen Seemanns- und Heizer-Verene haben beschlossen, am 25. Juli in einen allgemeinen Ausstand einzutreten, falls folgende Forderungen nicht bewilligt werden: Ein Minimallohn von 50 Kronen monatlich, 10stündige Arbeitszeit incl. der Ruhezeiten, und Ertrabehaltung für Ueberstunden.

Der Proceß Schow.

Aus der Verhandlung gegen den Wandsbeker Prügelfelken und Polizeichef Schow sei zunächst noch erwähnt, daß nach dem Geständnis des 37-jährigen Schow die Prügelstrafe an dem Postboten Vollstedt in folgender Weise vollzogen wurde: Ich befehlte Vollstedt in meine Privatwohnung. Der junge Mann begann zu weinen und sagte: er habe eigentlich eine Tracht Prügel verdient, ich sagte darauf: Ich bin derselben Meinung und wenn er einverstanden sei, so werde ich ihm die Tracht Prügel auch sofort verabreichen. Vollstedt erklärte sich einverstanden. Ich sagte ihm: er solle seine Hosen herunterziehen; dies that der junge Mann auch sofort und legte sich über den Tisch. Ich sagte ihm: er solle sich lieber auf die Sophalehne legen. Dieser Aufforderung kam Vollstedt auch sogleich nach. Ich nahm aus meinem Kleiderschrank eine Klopfspeitsche, wie man sie beim Militär zum Reinigen der Montirungsstücke verwendet; sie bestand aus Holz und 6 oder 7 Lederriemen. — Präsi.: Und mit dieser Klopfspeitsche haben Sie dem jungen Mann 7 Hiebe versetzt? — Angekl.: Ich habe die Hiebe nicht gezählt, Vollstedt behauptet es, ich nehme an, daß dies richtig ist. — Präsi.: Die Hosen hat Vollstedt freiwillig heruntergezogen? — Angekl.: Jawohl. — Präsi.: Wer hat das Hemd emporgezogen? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Hat der junge Mann geschrien? — Angekl.: Ich gab dem jungen Mann ein Taschentuch, das er sich vor den Mund halten sollte, damit man das Schreien im Hause nicht höre. — Präsi.: Was geschah das? — Angekl.: Die Züchtigung war gewissermaßen eine Vertrauenssache und konnte nur dann einen Zweck haben, wenn Niemand davon etwas erfährt. — Präsi.: Hat nun der junge Mann geschrien? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Und was geschah, nachdem die Proceßur beendet war? — Vollstedt knöpfte sich die Hosen wieder zu, gab mir die Hand und sagte mir: „Ich danke Ihnen Herr Stadtrath.“ — Präsi.: Der Herr Oberbürgermeister hat Sie deshalb nach einigen Tagen zur Rede gestellt? — Angekl.: Jawohl, der Herr Oberbürgermeister sagte mir: Ich solle derartige Dinge in Zukunft unterlassen. Ich habe daraufhin die Klopfspeitsche verschliffen. — Präsi.: Sie haben in ähnlichen Dingen mehrfach derartige Züchtigungen an jugendlichen Personen vorgenommen? — Angekl.: Jawohl, das geschah aber stets mit dem vollen Einverständnis der jungen Leute und nur in der Absicht, um dieselben auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Ich handelte dabei auch niemals in meiner Eigenschaft als Polizeierwalter, sondern stets aus väterlicher Fürsorge, da mir bekannt war, daß Prügel bedeutend wirksamer für solche junge Leute ist als eine Gefängnisstrafe. Der Posthilfsbote Vollstedt erklärte als Zeuge, Schow habe ihn in der Wohnung angefahren: „Du Schlingel, du Schweinigel, was soll aus Dir werden. Weißt Du, was Du verdient hast? eine gehörige Tracht Prügel und die sollst Du auch sofort haben. Zieh' Dir sofort die Hosen herunter.“ Ich war in Folge dessen so eingeschüchtert, daß ich Alles ganz willenlos über mich ergehen ließ. Er streifte mir das Hemd auf und versetzte mir auf das Gefäß die wuchtigen Hiebe. Die Hiebe geschahen mit voller Gewalt. Der Herr Stadtrath machte nach jedem Hieb eine Pause, so daß man bis zehn zählen konnte. Bei dem dritten Hieb bat ich den Herrn Stadtrath, mich loszulassen, da ich es vor Schmerzen nicht aushalte. Der Herr Stadtrath schlug aber ruhig weiter und rief mir nur zu, ich solle ruhig sein. Nach dem fünften Schlag bat ich den Herrn Stadtrath nochmals, mich loszulassen. Der Herr Stadtrath sagte, ruhig, Du bekommst nur noch zwei Schläge. Bei dem sechsten und lebendigen Schlag habe ich schon fast nichts mehr gespürt. — Präsi.: Der Herr Stadtrath sagt, Sie haben selbst geäußert, Sie verdienen eine Tracht Prügel und nachdem Sie sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt, sei er zu der Proceßur geschritten. — Zeuge: Das ist nicht wahr. Der Herr Stadtrath drückte mich derartig mit der linken Hand am Nacken nieder, daß ich gar nicht schreien konnte, ich konnte nur wimmern. — Präsi.: Was geschah, nachdem die Proceßur zu Ende war? — Zeuge: Ich knöpfte mir die Hosen wieder an. Der Herr Stadtrath sagte: Das bleibt aber unter uns, und reichte mir die Hand. Ich gab ihm auch die Hand und dachte: wenn ich bloß schon raus wäre. — Präsi.: Der Herr Stadtrath sagte: Sie hätten sich für die Schläge bei ihm bedankt. — Zeuge: Das ist nicht wahr. Ein weiterer Zeuge ist Tischlergehilfe Siewert. Dieser bekundet: Er sei, weil er ein Mädchen geschlagen hatte, zu zwei Tagen Haft verurtheilt worden. Noch ehe dies aber geschah, habe ihn der Angeklagte ermahnt und ihn in derselben Weise wie den Vollstedt mit der Klopfspeitsche geschlagen, ihm aber versprochen, seinen Meister zu bewegen, den Strafantrag gegen ihn zurückzuziehen. Er sei zur Zeit 15 Jahre alt gewesen. — Richtersitz: Ihr Sohn habe nicht gut thun wollen; der Herr Stadtrath habe den jungen Mann aber auf den Pfad der Tugend zurückgebracht. Sie habe ihm deshalb mündlich und schriftlich gedankt und ihm sogar als Zeichen der Dankbarkeit ein Familienbild überhandt. Eine Reihe weiterer Zeugen bekundet, daß Herr Schow sich jugendlicher Strafgefangenen und junger Leute, die absolut nicht gut thun wollten, mit väterlicher Fürsorge angenommen habe. Die Schlosser-Jungung in Wandsbeck hat ihm deshalb ein Dankschreiben geschickt. — Staatsanwalt Steinbrecht: Der vorliegende Fall hat großes Aufsehen erregt, die heutige Verhandlung hat jedoch erwiesen, daß der Angeklagte lediglich aus erzieherischen Beweggründen gehandelt hat. Es ist auch in keiner Weise dargelegt, daß der Angeklagte in amtlicher Eigenschaft gehandelt hat. Der Magistrate hat neben seiner amtlichen Thätigkeit noch eine umfangreiche Privatthätigkeit an den Tag gelegt, um junge Leute, die gegen das Strafgesetz gesündigt hatten, auf den Pfad der Tugend zurückzuführen. Der Angeklagte wird daher nur aus § 223 des Strafgesetzbuches zu bestrafen und ihm auf alle Fälle mildernde Umstände

zugunbilligen sein. Ich beantrage eine Geldstrafe von 200 Mk. Sollte jedoch der Gerichtshof die That aus § 339 betrachten, so beantrage ich eine Geldstrafe von 400 Mk. — Verteidiger Rechtsanwalt Dücker bittet um eine milde Strafe, da der Angeklagte bereits Rang und Stellung verloren habe, er giebt sich der Hoffnung hin, daß die ausländische Presse davon Notiz nehmen werde, daß Schow nur aus „edlen Motiven“ gehandelt habe. — Nach nur kurzer Berathung des Gerichtshofes verkündet der Präsident, Landgerichtsdirector Krüger: Der Gerichtshof hat den Angeklagten, Stadtrath Schow, der vorsätzlichen körperlichen Mißhandlung für schuldig erachtet und deshalb auf Grund des § 223 des Strafgesetzbuches auf 100 Mark Geldstrafe event. auf 10 Tage Gefängnis erkannt und dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt. Der Gerichtshof hat die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte aus erzieherischen, edlen Motiven gehandelt, sich aber dabei in der Wahl des Mittels vergriffen hat.

Der Prügelheld Schow als Erzieher ist eine Blüthe unseres schauenswürdig-militaristischen Jahrhunderts, das in der Prügelstrafe den Inbegriff der erzieherischen Weisheit erblickt. Die Strafe ist milde, sehr milde. Wie wäre wohl der bestraft worden, der den Beamten Schow, diesen „edlen Menschenfreund“, übers Knie gelegt und mit der Klopfspeitsche bearbeitet hätte?

Kleine Rundschau.

Zeitschrift Berliner Buchmacher sind nach dem „Berliner Tageblatt“ am Sonntag bei dem Hindernisrennen in Hamburg verhaftet worden.

Dieser Kinder mord. Das Dienstmädchen eines Hofbesizers in Neu-Quinendorf bei Calcar hat im Verlaufe von einigen Jahren vier Kindern das Leben gegeben und diese in Gemeinschaft mit dem Hofbesitzer sofort nach der Geburt getödtet. Am Keller wurden die Leichen von drei Kindern und auf dem Deuboden die des vierten Kindes gefunden. Der Hofbesitzer und die Magd wurden verhaftet und in das Gefängnis zu Leibe abgeführt.

Hauptmann O'Danne, dessen Namen als früherer militärischer Erzieher des Kaisers bekannt ist, ist aus der Irrenanstalt zu Saargemünd, wo er sich zur Beobachtung seines Geisteszustandes befand, in das Bezirksgefängnis zu Metz eingeliefert worden, wo die Untersuchung wider ihn wegen Erpressung weitergeführt werden wird.

Aus München meldet die „Frankf. Zeitung“: Bei Garching wurde im Wasser die Leiche einer Frauensperson — der Kleidung nach einer Arbeiterin — und eines neugeborenen Kindes gefunden, das nach ärztlichem Befunde im Moment des Todes der Mutter geboren wurde. Wer mag den Jammer ermesen, der hier seinen Abschluß gefunden!

Ein böser Scherz am Stammtisch hat in Sieben arge Folgen gehabt. In einem Restaurant in der Bahnhofstraße hierher selbst lag ein Mühlenbesitzer aus Großenbusch mit einigen Bekannten beim Glase Bier; er wurde von diesen vielfach gepöppt und man hatte seinen Stuhl, als er einmal hinausgegangen war, mit Bier begossen. Als er zurückkehrte und sich dem Uebel der unpassenden Scherzes frug, wurde ihm der ganz entfernte an einem andern Tisch sitzende Cigarren- und Weinhändler Carl Brühl, der mit dem Scherz gar nichts zu thun hatte, als solcher bezeichnet. Es entstand zwischen Beiden hierüber ein Streit, der Müller gerieth in große Wuth und schleuderte, als der Stärkere, den Weinhändler mit voller Wucht gegen die Stubentür, wobei dessen rechtes Auge auf den Thürdrücker aufschlug. Das Brillenglas ging in Scherben, diese drangen in das Auge und Brühl wurde sofort in die Klinik gebracht, ist aber dort wenige Stunden später an den Folgen der erhaltenen Verletzung gestorben. Brühl war ein noch junger Mann und erst seit vierzehn Tagen verheirathet.

Eisenbahnunfall. Am Sonntag Nachmittag ist in Folge falscher Weichenstellung bei Franzensbad der von Triebitz kommende Zug der Buschtiehrer Bahn auf einen von Aich nach Eger fahrenden Zug der bayerischen Staatsbahn aufgefahren. Zwei Bahndienstleute wurden verhaftet. Ein bayerischer Postbeamter und ein böhmisches Bahnarzt sind schwer verletzt, fünf weitere Personen erlitten nur leichtere Verletzungen.

Hitzschläge. In Dalmatien hat die Hitze in den letzten Tagen derart zugenommen, daß mehrere Menschen und viele Hausthiere am Hitzschlag zu Grunde gegangen sind. Auf dem Hochlande von Jambou sind während eines Wanders fünf Mann vom Regiment Vacy todt zusammengebrochen, zwanzig Mann erkrankten am Sonnenstich.

Wegen Veruntreuung von 200.000 Gulden ist in Budapest die Untersuchung gegen den Stadtkassirer Adamics, den Stadtrichter Grabovec und den früheren Stadtrichter Bologh v. Sillein eingeleitet.

Explosion in einer Gasfabrik. In St. Michel bei Oriele in Savoyen ist eine Gasfabrik in Folge eines Rohrbruches explodirt, wodurch das Wasser mit einer großen Menge Carbit in Verührung kam. Die Fabrik ist gänzlich zerstört. Dem größten Theil der Arbeiter ist es gelungen, rechtzeitig zu flüchten; vier jedoch verloren bei der Katastrophe ihr Leben.

Eine Flaschengost ist an die Küste von Jütland unweit Ahlerberg geworfen worden. Das in der Flasche befindliche zusammengeordnete Blattchen Papier trägt in Blei die Zeilen: „Die Bark „Elisabeth“ aus Bergen ist in diesem Augenblick in der Nordsee. Die Besatzung verzweifelt. Capitän im Wahn sinn über Bord gesprungen. Alles verloren, keine Rettung in Sicht, Gott helfe uns. W. Hansen, 1. Steuermann.“ Der Zettel trägt kein Datum.

Das Theater in Mascara (Algier) ist vollständig niedergebrannt.

Nach Berichten aus Chicago soll der dort lebende Buchfabrikant Adolph Vülgert, aus Gütersloh in Westfalen stammend, seine Frau ermordet und ihre Leiche in seiner Buchfabrik zu Würstfleisch und Knochenmehl verarbeitet haben. Die Ungeheuerlichkeit dieser Meldungen veranlaßte die „Allgem. Zeitschr.“ zu einer Anfrage beim deutschen Consulat in Chicago, welches nun in einem jeden eingetroffenen Schreiben bekräftigt, daß gegen Vülgert in der That die Anklage wegen Ermordung seiner Gattin erhoben worden ist und die Gelegenheit demnach vor die Geschworenen kommen wird. Im Uebrigen aber war zu der Zeit, da man Frau Vülgert vermisse und der Mord begangen sein soll, Vülgerts Buchfabrik bereits seit mehreren Wochen außer Betrieb. Die Anklagebehörde beruht daher nicht, daß Vülgert den Leichnam seiner Frau zu Würstfleisch verarbeitet, sondern, daß Vülgert die Frau ermordet, dann die Leiche in die früher zur Würstfabrikation benutzten Kessel seiner Fabrik gethan und durch irgendwelche Mittel zerstört habe.

Ueber ein großes Unglück in der Nähe von Matthevan am Hudson wird berichtet: Die Dämme von zwei großen Wasserbehältern der dortigen Wasserwerkvergesellschaftung in den Catskillbergen waren durch die jüngsten schweren Regengüsse außerordentlich geschwächt und wurden gegen 11 Uhr morgens plötzlich von den Wasserströmen durchbrochen, die mit ungeheurer Gewalt die Bergänge herabstürzten. Glücklicher Weise waren die Bewohner des auf ihrem Wege liegenden Dorfes Westingah durch den rasenden Sturm der Fluthen aufgeschreckt worden und vermochten sich nach den seitlichen

Berghängen zu flüchten, aber 20 Einwohner werden vermisst. Das Dorf ist vollständig zerstört. Die Fluthen führten 6 1/2 zu dem zwei Meilen entfernten Hudson nieder. Eine Strecke der New-Yorker Centralbahn wurde zerstört und der nach Montreal fahrende Schnellzug entging der Vernichtung nur mit knapper Noth. Der Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt.

Locale Rundschau.

Dresden, den 20. Juli 1897.

Parteienoffen! Arbeiter!

Der Magistrat der Stadt Dresden veröffentlicht Folgendes:

Die gemäß der Paragraphen 19 und 20 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 berichtigte Liste der zur Wahl der Stadtverordneten stimmberechtigten hiesigen Bürger wird in den Tagen

von Donnerstag, den 15. bis Freitag, den 30. d. M., von Morgens 8 bis Nachmittags 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr Nachmittags, Elisabethstraße Nr. 10, p., Zimmer 6,

zur öffentlichen Kenntnismahme ausgelegt werden.

Gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Liste können während der vorbezeichneten Zeit Einwendungen entweder schriftlich bei uns, oder mündlich bei den mit Besorgung der Liste beauftragten Beamten zu Protokoll erhoben werden.

Der leichteren Auffindung der Wahlberechtigten ist die Vorlegung der letzten Steuerquittung erwünscht.

Wir eruchen entsprechend dieser Aufforderung, alle Gesinnungsgenossen, sich durch Einsichtnahme in die Wählerliste davon zu überzeugen, ob sie als Wähler eingetragen sind.

Wahlberechtigt ist nach § 5 der Städteordnung jeder in die Wählerliste eingetragene selbstständige Einwohner, der seit einem Jahre keine Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen hat und mindestens zur zweiten Steuerstufe (60 bis 900 Mark Einkommen) eingeschätzt ist.

Es handelt sich hier um etwaige Ergänzungs- und Abwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung, die eventuell im Herbst d. J. stattfinden werden. Es ist daher Pflicht eines jeden wahlberechtigten Arbeiters, das für ihn zu sorgen, daß ihm sein Wahlrecht nicht verloren geht!

Mit wenig Wis und viel Behagen macht sich die gesammte bürgerliche Presse — die Dreslauer Zeitungen natürlich nicht ausgenommen — über eine Bemerkung der Socialdemokratischen „Sozialistischen Tagwacht“ in Bezug auf das Umwetter in Württemberg lustig. Unser Bruderorgan schrieb:

„Die socialen Umsturzgewalten zu überwinden und eine Gesellschaft der Ordnung zu begründen, in welcher die Menschen mit vereinten geistigen und materiellen Kräften auch die Umsturzgewalten der Natur immer mehr in heilsame Schranken bannen — das ist das Ziel der Socialdemokratie.“

Die Bourgeoisorgane heftigen sich nun ihre eigene Geistesarmuth durch Abdruck folgender Bemerkung des Stuttgarter „Beobachters“:

„Das streift nachgerade an's Pathologische; die Socialdemokratie das Universalmittel gegen Wolkendrücke, Blitzschlag und Hagelwetter! Also nicht bloß die Menschheit kann die Socialdemokratie von ihren Fehdern und Schwächen curiren, aus Dieben und Mördern gestittete Mitglieder der Gesellschaft machen, alle Faulen und Arbeitsscheuen mit einem wahren Feuerzeifer befehlen. Sie kann auch die Umsturzgewalten der Natur in „heilsame Schranken bannen!“ Alles das freilich erst im schönen Zukunftsstaat. Borerst will sie von ihren Geheimnissen nichts verrathen! Und doch, wie viele Verdienste könnte sie sich erwerben, wenn sie auch nur ein einziges Mal so ein richtiges Hagelwetter in „heilsame Schranken bannen“ wollte. Vielleicht läßt sie sich doch noch einmal erweichen!“

Die Socialdemokratie braucht kein Geheimniß zu verathen; was die „Tagwacht“ andeutet, ist verständigen Leuten bekannt genug. Allerdings ist von einer gewissen Presse nicht zu erwarten, daß sie weiß, wie eine ganze Reihe von Forschern und Gelehrten nachgewiesen hat, daß die Häufigkeit und die Schwere von Unwettern, die Ueberschwemmungsgefahr fortwährend wächst, und zwar im Verhältniß zur fortschreitenden Waldverwüstung, die wiederum dem Capitalismus auf's Schuldconto zu schreiben ist. Man darf dieser Presse auch nicht die Kenntniß der Thatsache zumuthen, daß z. B. die verheerenden „Blizzards“, die Schneestürme der Vereinigten Staaten, nachgewiesenermaßen auf die rückichtsloze Vernichtung der Waldbestände zurückzuführen sind. Und erst zu wissen, daß die verheerende Bora des österrödischen Küstenlandes und des Karstgebirges in ganz unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausrodung der Wälder steht — das wäre zu viel verlangt von einem Tintenfakel, der lediglich gegen entsprechendes Entgelt die Socialdemokratie zu „vernichten“ hat.

Wenn mit der Ablösung des Capitalismus durch den Socialismus eine vernünftige, rationelle Wirthschaft eintritt und die Ausbeutung der Naturkräfte nicht mehr im Interesse des Geldbeutels Einzelner, sondern nach im Interesse der Allgemeinheit aufgestellten Grundfätzen erfolgt, dann wird es allerdings möglich sein, manches Unheil, das wir dem capitalistischen Raubsystem verdanken, allmählich wieder zu beseitigen und den jetzt so häufig eintretenden, durch die Umsturzgewalten der Natur verursachten Katastrophen, für welche die schorungsloze Ausbeutung den Boden geschaffen, Schranken zu setzen. Das streift durchaus nicht an's Pathologische, sondern ist etwas ganz Verständliches und Nothwendiges; allerdings gehört zum Verständniß eben — Verstand, und das ist ein Artikel, der bei einem richtigen Socialistenvernichter nicht stark vertreten ist.

Gerade zur rechten Zeit bringt die bürgerlich-demokratische „Frankfurter Zeitung“ eine Correspondenz aus der Schweiz, welche den ebenfalls bürgerlich-demokratischen „Beobachter“, der zuerst seinen jämmerlichen „Wig“ an der Socialdemokratie verachtete, vielleicht zum Nachdenken veranlassen wird, d. h. wenn er dessen fähig ist. In der Correspondenz finden wir folgende Sätze: „Die umfangreichen Waldbestände der Schweiz erfreuen sich nicht an allen Orten derjenigen Pflege und Aufsicht, welche erforderlich wäre, um sich die segensreichen Wirkungen der Fortbewegung zu sichern. Einzelne Cantone sind zu gleichgültig, andere zu arm, um ihr in Fortwäsen energisch anzuhelfen, und unter den Folgen dieser Unterlassungssünden leiden nicht nur unmittelbar die nächsten Gebiete, sondern das ganze Land. Nun hat sich freilich der Bund der Sache da angenommen, wo die Hilfe am dringend-

